



foto: umbruch bildarchiv

Zur Arbeitssituation von Flüchtlingen

Vorläufige Auswertung der Kampagne gegen Lohnraub der Flüchtlingsinitiative Brandenburg und Elexir-A

Dezember 2001 bis Sommer 2004

(Hinweis: Eine ausführliche Langfassung dieser Auswertung steht im Internet unter www.elexir-a.org zur Verfügung.)

Elexir-A, Herbst 2004

Seit Dezember 2001 liegt der Schwerpunkt unserer politischen Aktivitäten bei dem Thema Erwerbsarbeits-situation von Flüchtlingen, insbesondere Lohnraub. Wir, eine kleine Berliner Gruppe weißer Menschen mit deutschem Pass und ohne Migrationshintergrund (Einige Leute aus der *Ex-Infrastrukturgruppe* der *Residenzpflichtkampagne* und Andere – *Elexir-A*) haben diese Kampagne gemeinsam mit der *Flüchtlingsinitiative Brandenburg (FIB)*, einer selbstorganisierten Gruppe von AsylbewerberInnen und Flüchtlingen aus Brandenburg, begonnen.

1 Wie kamen wir zum Thema, wie kam das Thema zu uns?

Zunächst kam das Thema zu uns: Im Oktober 2001 organisierte die „temporäre Assoziation ‚Jeder Mensch ist ein Experte‘“ im Kato in Berlin eine Veranstaltung mit Valery Rey Alzaga von *Justice for Janitors* aus den USA. Dieses ist eine Organisation, die illegalisierte MigrantInnen vertritt, die in

Gebäudereinigungsfirmen arbeiten. Außerdem stellte Kimi Lee vom *Korean Center for Workers' Rights*, einer weiteren gewerkschaftlichen Vereinigung, die illegalisierte TextilarbeiterInnen in Kalifornien unterstützt, ihre Arbeit in einem *worker's center* vor. Neben den Frauen aus den USA nahm Norbert Cyrus vom Polnischen Sozialrat / ZAPO teil; die MitarbeiterInnen von ZAPO setzen sich schon seit Jahren in Berlin für osteuropäische PendelmigrantInnen ein, die Probleme in ihrem Job, speziell auch mit Lohnraub haben. Schließlich war eine Person von der Berliner Call Center Initiative auf dem Podium, die damals versuchte, mehrheitlich deutsche ArbeitnehmerInnen in Call Centern für ihre prekäre Erwerbsarbeitssituation zu sensibilisieren und in ihren Forderungen nach besseren Erwerbsarbeitsbedingungen oder gegen Lohnraub zu unterstützen. Das Publikum bestand aus einer größeren Anzahl interessierter Menschen aus der Berliner linken Szene und ihrem erweiterten Umfeld – darunter auch uns –, der Flüchtlingsinitiative Brandenburg und einer großen Anzahl von weiteren Flüchtlingen, die damals aus Berlin und Brandenburg angereist waren.

Während die verschiedenen Organisationen und Initiativen ihre Arbeit darstellten, wurde es zunehmend unruhig und es meldeten sich immer mehr Flüchtlinge mit der Frage zu Wort, wie denn in Deutschland lebende Flüchtlinge bei Problemen an ihrem Arbeitsplatz unterstützt werden könnten. Aufgrund der vielen ungeklärten Fragen an diesem Abend entstand bei uns die Idee, eine Veranstaltung explizit für Flüchtlinge zu organisieren. Damit wollten wir versuchen, Antworten zu finden und eine Idee davon zu bekommen, vor welche Probleme Flüchtlinge in Deutschland gestellt sind, wenn sie in Erwerbsarbeitsverhältnissen stehen oder solche suchen.

Diese Veranstaltung fand mit VertreterInnen von ZAPO im Dezember 2001 statt und war von Seiten der Flüchtlinge mindestens ebenso gut besucht wie die Veranstaltung im Kato. Aus den Erfahrungen der Arbeit von ZAPO wurde deutlich, dass alle ArbeitnehmerInnen, egal ob mit oder ohne legalem Aufenthaltsstatus und egal ob mit oder ohne Arbeitserlaubnis und schriftlichem Arbeitsvertrag, das Recht und die Möglichkeit haben, ihren Lohn per Mahnbescheid einzufor-

dern und zur Not einzuklagen, wenn sie um ihn betrogen worden sind. Die zentrale Information war, dass das Arbeitsgericht in Berlin, da es zum Bereich Zivilrecht und nicht Straf- oder öffentliches Recht gehört, bisher keine Auskünfte über (fehlende) Papiere (Arbeits- oder Aufenthaltserlaubnis) verlangt und nicht mit den Ausländerbehörden kooperiert hat. Von Seiten der Flüchtlinge drehten sich viele Berichte um ihre Probleme bei der Suche nach Jobs und die von den Ausländerämtern aufgestellten Hürden. Eine Reihe von Problemen und Konstellationen waren für uns neu, wie beispielsweise die Tatsache, dass viele Flüchtlinge mit Papieren arbeiten, nämlich mit Papieren von Bekannten, und diesen als Gegenleistung einen Teil ihres Lohnes zahlen. In diesem Zusammenhang war ein häufig erwähntes Problem der Flüchtlinge, dass die Personen, die ihnen die Papiere zu Verfügung gestellt hatten, nicht bereit waren, ihnen den erarbeiteten Lohn weiterzugeben.

Aus einer Reihe von Gründen beschlossen wir dann, uns weiter mit diesem Thema zu beschäftigen:

- Fußend auf den Erfahrungen der Flüchtlingsinitiative Brandenburg (FIB) und einiger von uns sind die meisten Flüchtlinge in ihrem Alltag mehrfach mit dem Thema Erwerbsarbeit konfrontiert. Erwerbsarbeit ist dabei zum Ersten erforderlich, um sich finanzieren zu können. Die geringen Zuwendungen des deutschen Staates reichen hinten und vorne nicht, geschweige denn um ein Asylverfahren, Deutschkurse oder Transportmittel bezahlen zu können. Zum Zweiten bedeutet arbeiten zu gehen für viele Flüchtlinge, der Lethargie und Depression des Heimlebens zu entkommen. Zum Dritten bewirkt eine Arbeitsstelle bei vielen Flüchtlingen, dass sie sich in der deutschen erwerbsarbeitszentrierten Mehrheitsgesellschaft etwas weniger ausgegrenzt zu fühlen.
- Flüchtlinge gehen arbeiten, obwohl es ihnen im ersten Jahr nach Asylantragstellung gesetzlich verboten ist und in Berlin und Brandenburg

danach vom Arbeitsamt auf legalen Wege so gut wie unmöglich gemacht wird. Daraus ergeben sich konkrete Probleme wie fehlende Sicherheit am Arbeitsplatz, Arbeitsunfälle, Fälle von Lohnbetrug, Überausbeutung etc.

- Ein Ansatzpunkt unserer Arbeit war, am Alltag von Flüchtlingen orientiert die Sichtbarmachung ihrer Kämpfe für Gleichberechtigung zu unterstützen. Darin sahen wir auch eine Chance, die Wahrnehmung von Flüchtlingen als aktiv Handelnde in die Gesellschaft hineinzutragen. Gerade dieser Perspektivwechsel verweist gegenüber der gängigen Betrachtung von Flüchtlingen als „Opfer“ von Benachteiligung oder Verfolgung in den Herkunftsländern auf den strukturellen Rassismus hier, der seinen Ausdruck in der Beschränkung zahlreicher Rechte und Freiheiten sowie sozialer Marginalisierung findet.
- Interessant und Anregung gebend für kontroverse Diskussionen ist auch die Doppelmoral, mit der das Thema „Schwarzarbeit“ im öffentlichen Diskurs behandelt wird: Offi-

ziell wird sie verteufelt. Die Sanktionen treffen jedoch vor allem ArbeitnehmerInnen, kaum diejenigen, die von niedrigen Löhnen profitieren. Ganz im Gegenteil: Inoffiziell ist es bekannt und akzeptiert, dass die „Gesetze des Marktes“ diese Form des „Kavaliersdeliktes“ der ArbeitgeberInnen fördern. Für das Bedürfnis, eine billige Putzkraft einzustellen oder die Lohn- und Lohnnebenkosten zu drücken, gibt es in Deutschland breites Verständnis, denn (fast) alle profitieren in bestimmten Situationen auch davon, sei es, indem sie undokumentiert arbeiten oder dieses Angebot in Anspruch nehmen. Von RegierungsvertreterInnen bis hin zu den Gewerkschaften reicht aber trotzdem die Reihe derer, die – vornehmlich die migrantische – Schwarzarbeit dankbar zum Sündenbock für anhaltend wachsende Arbeitslosigkeit stilisieren.

- Es erschien uns eine interessante Möglichkeit, die in diesem Bereich ebenfalls sehr ambivalent auftretenden Gewerkschaften zur Unterstützung von Flüchtlingen im Kampf für

verbesserte Erwerbsarbeitsbedingungen herauszufordern. In der Vergangenheit war vor allem die IG BAU häufig gegen „Schwarzarbeit“ und die „ausländischen Arbeitskräfte“ vorgegangen, da diese angeblich zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Senkung der Löhne beitragen. Andererseits veröffentlichte das DGB-Bildungswerk eine Broschüre unter dem Titel „Rechte aus dem Arbeitsverhältnis“, die sich gezielt an ArbeitnehmerInnen ohne Aufenthalts- und/oder Arbeitslaubnis wendet. Uns als antirassistischer Gruppe ging es nun darum, die innerhalb der Gewerkschaften sehr widersprüchlichen Ansichten und Kräfte aufzuspüren und die „QuerschlägerInnen“ anzusprechen.

- Die Situation von AsylbewerberInnen oder Papierlosen bei der Erwerbsarbeit unterscheidet sich in vielem sehr grundsätzlich von entgarantisierten Arbeitsverhältnissen legaler, deutsch sozialisierter ArbeiterInnen. Die Arbeitsbedingungen von allen sind jedoch dem selben Prozess der Prekarisierung

unterworfen. Wie wir diese Ambivalenz bewerten, haben wir erst begonnen zu diskutieren. Ein Schlüsselbegriff dabei ist sicher die rassistische Hierarchisierung, die den Arbeitsmarkt mit strukturiert. Uns damit intensiver auseinander zu setzen, sehen wir als Anknüpfungspunkt dafür an, über eine anti-rassistische Politik im engeren Sinn hinaus in Verknüpfung mit anderen Teilbereichspolitiken verändernd in die Gesellschaft hineinzuwirken.

- Wir sehen in der Zusammenführung von sozialem Widerstand und Antirassismus ein Potenzial, um aus einer zu moralischen, defensiven oder ausschließlich repräsentativen Politik einen Ausweg zu finden. Gleichzeitig ist diese Kombination an andere Teilbereichspolitiken anschlussfähig und löst die strikten Grenzen zwischen diesen damit vielleicht ein wenig auf. Die Erweiterung des Radius' antirassistischer Politik wollen wir in ein Handeln übersetzen, dass neben dem Engagement gegen Abschiebungen oder der Verteidigung von Asylstandards mehr die Auseinandersetzung mit

Lebens- und Erwerbsarbeitsbedingungen der hier un- oder dokumentiert lebenden MigrantInnen beinhaltet. Dabei ist uns wichtig, die schon seit der „Gastarbeiter-Ära“ vorhandenen widerständigen Strategien unter und abseits juristischer Rahmenbedingungen zu entdecken und politisch in Erscheinung treten zu lassen. Die Lebens- und Erwerbsarbeitsbedingungen wollen wir auch zu den eigenen Umständen der Existenzsicherung in Bezug setzen – im Spannungsfeld von Berührungspunkten und nicht zu leugnenden Differenzen.

- Schließlich sehen wir unsere Politik im Kontext der ganz grundlegenden Forderung nach gleicher sozialer und politischer Teilhabe für alle. Eine garantierte Existenzsicherung sowie der Zugang zu Mobilität, Wohnraum, Bildung etc. unabhängig vom rechtlichen Status, vom Besitz eines Arbeitsplatzes, von Herkunft, Geschlecht usw. bildet dabei den vorstellbaren Bezugspunkt. Diese politische Motivation steht in Kontinuität zu den Kampa-

nen gegen die Residenzpflicht, das Asylbewerberleistungsgesetz, zur Thematisierung der Bedingungen in Heimen, gegen den entrechteten Status von Illegalisierten usw., an denen sich viele von uns vorher bereits beteiligt haben.

2 Zusammenarbeit mit der Flüchtlingsinitiative Brandenburg

Eine weitere Motivation zu diesem Thema war für uns der Umstand, dass die FIB ebenfalls sehr an einer Kampagne interessiert war. Von vielen Flüchtlingsinitiativen (The Voice, Bremer Menschenrechtsverein, FIB) wird immer wieder eingefordert, sich bei der politischen Arbeit mehr an der Alltagsrelevanz für Flüchtlinge zu orientieren und überhaupt mehr zusammen zu arbeiten, anstatt sich nur deklaratorisch auf einander zu beziehen. Dies bedeutete auch eine Fortentwicklung unserer Diskussionsprozesse vor allem mit der FIB, in deren Verlauf unsere für uns selbstverständlichen und nicht beachteten Privilegien seitens der FIB hin-

terfragt wurden. In einigen Fällen wurden wir auch selbst mit Rassismus- oder Kolonialismusvorwürfen konfrontiert. Dieses besonders in Situationen, in denen die FIB den Eindruck gewann, wir würden sie als die Kampagne gemeinsam mit uns tragende Gruppe öffentlich nicht explizit nennen. Für uns waren solche Gegebenheiten immer wieder Anlässe zur Reflexion unserer eigenen Rolle und unseres Politik- und Kommunikationsstils. Mehrfach hatten die FIB und wir auch konstruktive Treffen zur Klärung solcher Probleme. Gelegenheit, solche Schwierigkeiten der Zusammenarbeit allgemeiner zu diskutieren, boten auch immer wieder die bundesweiten „Extra-Meetings“, die sich im Rahmen der Grenzcampvorbereitung entwickelt hatten und in denen genau Zusammenarbeit, unterschiedliche Formen des Rassismus' und dessen Entwicklung diskutiert wurden.

3 Veranstaltungen in Flüchtlingsheimen

Als ersten Schritt setzten wir uns gemeinsam mit der FIB das Ziel, in verschiedene Flüchtlingsheime in Brandenburg zu gehen, um dort unser Wissen über die Rechte von Flüchtlingen in Erwerbsarbeitsverhältnissen und Rechte bei Lohnraub weiterzugeben und über alternative Handlungsmöglichkeiten zum Rechtsweg zu reden (z.B. Öffentlichkeit mobilisieren, Werkzeuge beschlagnahmen). Die Idee war zu versuchen, der manchmal empfundenen Ohnmacht bei der Konfrontation mit Lohnbetrug oder anderen Problemen am Arbeitsplatz durch Vermittlung von Informationen und Diskussionen über Gegenstrategien entgegenzuwirken. Damit unterstützten wir auch die Arbeit der Flüchtlingsinitiative Brandenburg zum „empowerment“ der Flüchtlinge. Wir wollten dies in den Heimen tun, um Flüchtlinge dort anzusprechen, wo sie kollektiv erreichbar sind. Außerdem waren die Veranstaltungen in den Hei-

men eine Gelegenheit für die FIB, vor Ort wahrnehmbar präsent zu sein und die eigenen Aktivitäten vorzustellen, auch um künftige neue Aktive zu mobilisieren. Die erste solcher Veranstaltungen fand allerdings nicht im Heim, sondern auf dem Grenzcamp in Jena im Juli 2002 statt, auf dem neben AktivistInnen der verschiedenen Flüchtlingsselbstorganisationen Flüchtlinge aus den umliegenden Heimen anwesend waren. Die zweite Veranstaltung war im Dezember 2002 in Potsdam, die dritte in Ludwigsfelde im Mai 2003.

Der Titel einer derartigen Veranstaltung musste vorsichtig gewählt werden, denn die Tatsache, dass AsylbewerberInnen (verbotenerweise) arbeiten, ist zwar allen HeimbetreiberInnen bekannt, wird aber nach außen hin verschwiegen.

Um dieses Tabu zu brechen, haben wir gleich zu Beginn der Veranstaltungen offen über die Realität der Erwerbsarbeit ohne Papiere geredet. Die Zusammenarbeit mit der FIB brachte den notwendigen Vertrauensvorschuß, damit überhaupt eine Möglichkeit bestand, dass Flüchtlinge offen über ihre

Erwerbsarbeitssituation und die Probleme, die sie mit Erwerbsarbeit haben, redeten.

Zu Beginn stellte die FIB ihre Arbeit vor. Dann wurde gemeinsam die gesellschaftliche und politische Bedeutung der Arbeitsmigration nach Deutschland skizziert. Es folgte ein Teil zu praktischen Möglichkeiten zum Schutz vor und Umgang mit Lohnbetrug. Innerhalb dieses Abschnittes war es uns unter anderem sehr wichtig aufzuzeigen, was man bereits im Vorfeld tun kann, um im Lohnbetrugsfall genügend Beweise dafür in der Hand zu haben, dass man tatsächlich gearbeitet hat, und welche Schritte erforderlich sind, um offene Lohnansprüche notfalls auch gerichtlich durchsetzen zu können.

In einem zweiten Teil ging es uns verstärkt darum, von den Erfahrungen von Flüchtlingen mit Erwerbsarbeit zu hören. Sie berichteten von Entwürdigung, aber auch von Akten des Widerstands; dabei stellte sich vor allem ihre Analyse der eigenen Situation für uns als spannend dar. Ein weiteres Ziel von uns war es, gemeinsam darüber zu diskutieren, was über die rechtliche Ebene hinaus möglich ist. Bei der Diskus-

sion stellte sich als wichtig heraus, diesen politischen Aspekt des Sich-Wehrens von Anfang an auch zu benennen. Wir sind keine AnwältInnen und haben festgestellt, dass es auch bei den "ExpertInnen" mit dem Thema Lohnraub bei undokumentierten ArbeiterInnen oft wenig oder keine Erfahrungen gibt.

Der FIB lag daran, die Verlogenheit des Systems, sei es auf politischer Ebene oder auf der Ebene der staatlichen Heim- und Lagerverwaltung, zu thematisieren. Denn alle, die mit AsylbewerberInnen zu tun haben, wissen, dass diese sich bemühen Lohnarbeit zu finden und dass viele arbeiten. „Schwarzarbeiter“ werden als Kriminelle abgestempelt, während dasselbe System von der Überausbeutung der ArbeiterInnen profitiert: Die LagerbetreiberInnen profitieren davon, Heimplätze mehrfach belegen zu können, weil die Flüchtlinge in den Großstädten sind und arbeiten und nur kurzfristig in den Lagern auftauchen, um sich zurück zu melden und nach Post zu schauen. Die ArbeitgeberInnen profitieren von Niedrigstlöhnen und flexiblen Arbeitskräften, während der Staat

oft trotzdem Sozialbeiträge und Steuern kassiert, wenn z. B. auf falschen Namen gearbeitet wird. Die offensive Benennung dieser rassistischen Ausbeutungsstrukturen auf dem Arbeitsmarkt in Verbindung mit den verschiedenen konkreten Erfahrungen Betroffener leistete selbst auch einen bedeutenden Beitrag zur Sensibilisierung aller Beteiligten.

4 Erfahrungen aus den Veranstaltungen

Für uns als deutsche antirassistische Gruppe war und ist es wichtig, direkt zu den Flüchtlingen in die Heime zu gehen und mit ihnen zu diskutieren, um etwas über ihre konkrete Lebenswelt und über typische Probleme dort zu lernen. Zugleich ist es auch ein Ausdruck der praktischen Solidarität, selber den Weg in die, zumeist abseits gelegenen, Heime auf sich zu nehmen; nicht zuletzt, weil wir im Regelfall einfacher Zugang zu Pkw haben und die Fahrtkosten leichter aufbringen können.

Erfahrungen zur Arbeitssituation von Flüchtlingen

- Viele Flüchtlinge berichteten, dass Lohnraub durch die ArbeitgeberInnen eine gängige Praxis ist und so gut wie alle Flüchtlinge irgend jemand kannten, der/die bereits um ihren Lohn betrogen worden war. Oft hatten die Flüchtlinge ihr Geld bekommen, jedoch erst nachdem sie Druck ausgeübt hatten. Es scheint in einigen Sektoren eher der Normalfall zu sein, zu versuchen, den Lohn zu unterschlagen.
- Prekarierte Erwerbsarbeit hat viele Gesichter: Unterbezahlung, Verweigerung legaler Arbeitsbedingungen, auch wenn der/die ArbeiterIn gerne mit Papieren arbeiten würde, legale Erwerbsarbeit bei Bezahlung des Lohns, ohne jedoch die Sozialversicherungsbeiträge tatsächlich abzuführen, Bezahlung der Arbeitslosenversicherung, aber mit einem geringen Stundenumfang, so dass daraufhin keine Ansprüche auf Arbeitslosengeld erhoben werden können, Arbeitsschutzvorschriften werden nicht eingehalten etc.
- Es wurde auch deutlich, dass nicht nur die Mehrheit der Flüchtlinge, denen eine Erwerbsarbeit unter legalen Bedingungen verweigert wird, von prekären Arbeitsverhältnissen betroffen ist, sondern auch diejenigen, die einen legalen Arbeitsstatus besitzen.
- Andererseits ist migrantische Arbeitskraft für bestimmte Arbeiten, die – wie Abrissarbeiten – niemand anderes bereit ist zu machen, unverzichtbar. In diesen Fällen besitzen die ArbeiterInnen eine eigene Verhandlungsmacht und sind damit oft erfolgreich. Dementsprechend sind uns „Horrorgeschichten“ von Jobs für 2 DM pro Stunde im Rahmen unserer Veranstaltungen bisher nicht bestätigt worden. Statt dessen lernten wir, dass manche Flüchtlingsgruppen eigene „Entlohnungsstandards“, zum Teil auch differenziert nach Tages-/Nachtarbeit, zur Grundlage ihrer Arbeitsverhandlungen machen.
- Flüchtlinge fordern Rechte ein: Es ist nicht die Regel, dass die Betroffenen Betrug um Lohn oder Teile der Arbeitsvereinbarungen wider-

standslos hinnehmen. Ganz im Gegenteil: Wiederholte Nachfragen und die Suche nach Möglichkeiten Druck auszuüben, um zu seinem/ihrer Recht zu kommen (sei es durch Beschlagnahmung von Arbeitsgeräten, Rufen der Polizei oder durch die Suche nach Unterstützung durch deutsche StaatsbürgerInnen) sind keine seltene Ausnahme.

5 Überlegungen zur geringen Präsenz von Arbeiterinnen in unserer Kampagne

Im gesamten nachfolgend beschriebenen Fall haben wir fast nur mit Männern zu tun gehabt, was nicht zufällig ist. Generell sind Lebenswelten und so auch der Arbeitsmarkt entlang geschlechtsspezifischer Vorstellungen strukturiert. Diese Aufteilung vollzieht sich überwiegend zuungunsten von Frauen, womit sie mit schlechteren Einkommensmöglichkeiten, geringer geschätzten Arbeiten, mieseren Erwerbsarbeitsbedingungen, sexistischer Ausbeutung etc. konfrontiert sind.

Die Entscheidung, in Heime zu gehen und Informationsveranstaltungen dort zu machen, bedeutete bereits bezüglich geschlechtsspezifischer Strukturen einen bestimmten Akzent zu setzen. Es sind nicht nur in der Regel weitaus weniger Frauen in Sammelunterkünften für Asylsuchende anzutreffen, sondern ihre Mobilisierung setzt immer auch einen aufmerksameren Umgang voraus. Es gilt zum Beispiel, sich um Kinderbetreuung zu kümmern und geschlechtsspezifische Verhaltensweisen in öffentlichen Räumen zu berücksichtigen. Darüber hinaus haben unsere Erfahrungen gezeigt, dass auch in einem geschaffenen Raum vertrauenswürdigem Austausch das Auftreten von Männern schnell einnehmend und dominant ist. Im Umkehrschluss hätte dies für einen sensibleren Umgang mit sexistischen Hierarchieverhältnissen wahrscheinlich einen auch auf unserer Seite geschlechtsdifferenzierten Austausch vorausgesetzt.

Unsere Fokussierung auf das Arbeitsfeld „Bau“ hatte zur Folge, dass wir einer deutlich einseitigen geschlechtsspezifischen Konnotation gefolgt sind. In diesem Fall hieß das konkret, mit einem stark männlich geprägten Ar-

beitsbereich zu tun zu haben – was wir zu wenig reflektiert haben. Für Frauen in undokumentierten Erwerbsarbeitsverhältnissen gestaltet sich aber die konkrete Situation in vielen Bereichen anders als für Männer. Eine unterschiedene Beachtung eben genau dieser von Mehrfachdiskriminierung geprägten Lebensverhältnisse hätte auf unserer Seite eine bewusste Erweiterung der eigenen Perspektiven verlangt und ein konkretes Entgegenwirken gegen die allgemein größere Unsichtbarkeit der spezifischen Situation von Frauen. Sei es bezogen auf Migrations- bzw. Fluchtwege, sei es bezogen auf den Aufenthaltsstatus oder zuletzt auf die Branchen, in denen mehrheitlich Frauen in undokumentierten Erwerbsarbeitsverhältnissen tätig sind.

So hat es in unserer Arbeit in der gesamten Kampagne immer wieder Momente von Entscheidungen gegeben, die zwar ungewollt dennoch wirksam, zu einem Ausschluss beigetragen haben. Dies geschah hinsichtlich der Strategien und Bündnisansätzen, die die besonderen Umstände von Frauen in undokumentierten Erwerbsarbeitsverhältnissen nicht mitgedacht haben. Unsere Erfahrungen, Strategien und

Auswertungen sind dementsprechend einseitig geschlechtsspezifisch geprägt und sollen deshalb in Zukunft erweitert werden.

6 Der „WBM-Fall“: Baustelle Rathauspassagen, Berlin

Ende 2002 wurden wir im Rahmen einer der Veranstaltungen von einigen Arbeitern angesprochen, die im Sommer 2002 gemeinsam auf einer Baustelle der *Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte GmbH* (WBM) Abbruch-/Entkernungsarbeiten durchgeführt hatten und denen die Lohnzahlung vorenthalten worden war. Der Fall erschien uns spannend, weil hier eine größere Gruppe von Asylbewerbern betroffen war, die selber bereits einiges unternommen hatten, um ihre Lohnzahlung einzufordern, damit bisher aber erfolglos geblieben waren. Bei der Baustelle handelte es sich um einen großen Gebäudekomplex am südöstlichen Rand des Alexanderplatzes gleich neben dem „Roten Rathaus“: die „Rathauspassagen“, ein Plattenbau aus DDR-Zeit mit Wohn- und Gewerbenutzung, der modernisiert und zu einer modernen Shopping-Mall ausgebaut werden sollte.

Im Zuge umfangreicher Recherchen und durch die Kontaktaufnahme mit der WBM und den direkten Arbeitgebern wurde deutlich, dass der Lohnbetrug ein viel größeres Ausmaß hatte als zunächst angenommen. Wir konnten einen systematischen Lohnbetrug durch verschiedene Auftragnehmer der WBM zwischen Frühjahr und Herbst 2002, d.h. über einen Zeitraum von ungefähr sieben Monaten nachweisen, während dessen insgesamt fünf Gruppen mit mehr als 40 Arbeitern um über 40.000 Euro geprellt wurden. Obwohl die WBM in Generalklauseln mit ihren direkten Auftragnehmern grundsätzlich geregelt hat, dass eine Weitervergabe der Aufträge an Sub-Subs nicht zulässig ist, war genau das in der Mehrzahl aller Fälle so gelaufen: An den Abrissarbeiten war mindestens ein halbes Dutzend Sub-Subunternehmen beteiligt, die nacheinander immer dann auf den Plan traten, wenn der vorhergehende Sub-Sub Pleite gemacht hatte bzw. seine Arbeiter ohne Lohn nicht weiter zur Arbeit motivieren konnte. An der Baustelle gab es deswegen immer wieder Konflikte wegen ausstehender Löhne, mehrfach riefen Subunternehmer die Polizei gegen Arbeiter, die ihren Lohn einforderten.

Durch Kundgebungen und Demonstrationen, begleitende Pressearbeit und juristischen Druck gelang es den Arbeitern in Zusammenarbeit mit der FIB und Elexir-A ab Juni 2003, die WBM dazu zu bringen, sich zu Verhandlungen bereit zu erklären. In den Verhandlungen wies die WBM allerdings jede eigene Verantwortung von sich. Sie erklärte sich aber bereit, Druck auf die Subunternehmen auszuüben, damit diese die Arbeiter bezahlen. Das hat in einigen Fällen auch geklappt, doch noch immer stehen für einige Arbeiter die Löhne aus. Die betroffenen Subunternehmer schieben die Verantwortung hin und her, und die anfängliche Verhandlungsbereitschaft der WBM lässt inzwischen nach, man habe sich nun genug um den Fall gekümmert... Für die letzte Gruppe an Arbeitern wird jetzt versucht, die Löhne auf dem Rechtsweg einzuklagen. Dabei haben wir einige Versäumnisurteile erstritten, weil die Gegenpartei nicht zu Gerichtsterminen erschienen ist. Ob auf Grund dieser Urteile die ausstehenden Zahlungen tatsächlich erfolgreich eingefordert werden können, wird sich zeigen.

7 Was haben wir aus diesem Fall gelernt?

Bei der Unterstützung der Arbeitergruppen ging es uns auch darum, die Strukturen undokumentierter Erwerbsarbeitsverhältnisse besser zu verstehen und unsere politische Öffentlichkeitsarbeit durch konkrete Erfahrungen besser zu fundieren. Zugleich bot uns dies die Möglichkeit, die von uns theoretisch erarbeiteten Handlungsmöglichkeiten im Fall von Lohnbetrug nun auch praktisch umzusetzen und so einem „Realitätstest“ zu unterziehen. Wir sind der Auffassung, dass unsere Unterstützungsarbeit und unsere Absicht, mit Flüchtlingen politisch zusammen zu arbeiten, zusammen gehören und einander ergänzen. Wir haben oft die Erfahrung gemacht, dass konstruktive politische Zusammenarbeit, die auch Auseinandersetzung bedeutet, nur auf der Basis gegenseitigen Vertrauens funktioniert. Voraussetzung dafür ist gerade die praktische Zusammenarbeit und Unterstützung bei Alltagsproblemen, die dadurch auch politisiert werden können.

Zu unserer Zusammenarbeit mit migrantischen ArbeiterInnen:

- Unabdingbare Voraussetzung dafür, (wenigstens tendenziell) gleichberechtigt zusammen arbeiten zu können, ist es, eben dies Vertrauen zwischen den Beteiligten zu entwickeln. Wir sind gefordert, auf einige Fragen, die auch die Motive unseres Engagements betreffen, Antworten zu geben: Wieso interessieren wir uns für prekarierte, migrantische Arbeitsstrukturen? Was machen wir mit den Informationen aus der Welt der undokumentierten Erwerbsarbeit? Wo sind für uns die Grenzen von Zusammenarbeit und Unterstützung? Es ist auch wichtig, transparent zu machen, welche Konsequenzen die von uns vorgeschlagenen Schritte haben und welche Alternativen wir sehen, um so Handlungsoptionen zu eröffnen, ohne das Vorgehen zu dominieren. Umgekehrt fordern wir transparente Strukturen auch von unseren PartnerInnen ein. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass zwischen uns von Elexir-A und den

ArbeiterInnen eine ungleiche Verteilung von Rechten, also eine strukturell hierarchische Ausgangssituation besteht, in der auch das Risiko unerwünschter Konsequenzen einer Veröffentlichung schutzwürdiger Informationen einseitig verteilt ist. Deshalb entscheiden auch die ArbeiterInnen alleine, welche Informationen sie uns offen legen und welche weiter gegeben werden können. Im Einzelfall kann dies zur Folge haben, dass eine bereits entwickelte Strategie aufgrund erst später zu Tage getretener Umstände umgestoßen und verändert werden muss, obwohl dies bei voller Information vermeidbar gewesen wäre. Wir sehen solche Situationen aber als Teil des gegenseitigen Lern- und Annäherungsprozesses an.

- Wir lernten von den ArbeiterInnen viel über ihre eigenen Aktivitäten, trotz ihrer Rechtlosstellung eine Erwerbsarbeit zu finden und Lohnansprüche auch gegen Widerstände durchzusetzen. Diese Berichte bekräftigen, wie wichtig es ist, die ArbeiterInnen, auch die von Lohnraub betroffenen, nicht allein als

„Opfer“ zu sehen. Gerade für eine politische Zusammenarbeit ist es unverzichtbar, die existierenden Lohnkämpfe wahrzunehmen und daran anzuknüpfen. Das prägt auch unsere Rolle in der Zusammenarbeit: Unsere Aufgabe ist schwerpunktmäßig nicht der Lohnkampf selber, den nach wie vor die ArbeiterInnen führen, sondern der Versuch, die Aufmerksamkeit der Mehrheitsgesellschaft - aus der wir kommen - auf diese Kämpfe zu lenken – und damit auch zum Erfolg dieser Kämpfe beizutragen.

- Das Bemühen um eine faire Zusammenarbeit mit der FIB und den ArbeiterInnen verlangt nach besonderer Aufmerksamkeit in der Zusammenarbeit mit Medien. Das Medieninteresse hängt für einschlägige Auseinandersetzungen sehr stark – neben zahlreichen anderen Faktoren – auch von der Beteiligung originär Betroffener ab bis hin zum Extremfall der Frage, ob es „exotische“ Bilder zorniger schwarzer Arbeiter geben wird. Dennoch besteht gleichzeitig die Tendenz, in der Berichterstattung aus dem Kreis

der Handelnden vor allem die medial relativ etablierte Antirassistische Initiative hervorzuheben und insbesondere den Beitrag der FIB zur Kampagne unter den Tisch fallen zu lassen. Wir sehen es auch als unsere Verantwortung, im Gespräch mit MedienvertreterInnen darauf zu dringen, gerade die Beteiligung einer Flüchtlingselbstorganisation explizit zu benennen.

Zur Durchsetzung von Lohnansprüchen:

- Schon die Zusammenarbeit zwischen ArbeiterInnen und außenstehenden Gruppen oder einer Beratungsstelle schafft bereits ein erstes Stück Öffentlichkeit, die den oder die ArbeitgeberIn unter Druck setzt: „Dein Handeln wird registriert!“ lautet die Botschaft. Es ist deshalb sinnvoll, als beteiligte Gruppe(n) dem/der ArbeitgeberIn gegenüber schnell explizit in Erscheinung zu treten und nicht nur im Hintergrund Rechtsberatung zu leisten.
- Die Zeit spielt fast immer für den/die ArbeitgeberIn. Dies gilt es, von Anfang an zu verhindern: Bei allen

Kontakten hat es sich bewährt, konkrete Fristen vorzugeben und nach Fristablauf, so schnell es die eigenen Abstimmungsprozesse zulassen, mit einer Eskalation der Auseinandersetzung zu reagieren. Das bedeutet auch, die anfängliche Phase des Kontakts mit dem/der ArbeitgeberIn ohne Beteiligung einer breiteren Öffentlichkeit klar zu beschränken und recht schnell weitere Akteure zu involvieren.

- Generell hat sich in unseren Fällen gezeigt, dass ein paralleles Vorgehen auf verschiedenen Wegen sinnvoll ist:
 1. Die juristische Auseinandersetzung vorbereiten und entsprechende Schritte einleiten, insbesondere sofort schriftlich den ausstehenden Lohn einfordern (Einschreiben!).
 2. Die direkte Konfrontation mit dem/der ArbeitgeberIn – auch in unerwarteten Situationen (im Büro, zu Hause, bei Gesprächen mit Dritten) – suchen und Verhandlungen führen.
 3. Politisch „ganz oben“ bei der

Geschäftsführung, Firmenleitung, AuftraggeberIn ansetzen: Diese sollten auch bei nachfolgenden Kontakten zu einzelnen Zuständigen oder untergeordneten Firmen über alle Schritte informiert und aufgefordert werden, ihrerseits Position zu beziehen.

- Die Öffentlichkeitsarbeit intensivieren und nach möglichen – tatsächlichen oder „unfreiwilligen“ – BündnispartnerInnen auch im Umfeld der ArbeitgeberIn Ausschau halten. Mit „unfreiwilligen“ BündnispartnerInnen meinen wir dabei beispielsweise GeschäftspartnerInnen des betroffenen Unternehmens, deren Reaktion auf eine Information über die Auseinandersetzung durch uns für das Unternehmen potentiell ein Risiko darstellt.

Auf welchem dieser Ansätze jeweils der Schwerpunkt liegt und welche Möglichkeiten überhaupt bestehen, ist dabei von den konkreten Bedingungen des Einzelfalls abhängig. Je breiter das Spektrum der eigenen

Aktivitäten ist, um so weniger bedroht ein einzelner Misserfolg den Gesamterfolg der Auseinandersetzung und um so mehr Eskalationsmöglichkeiten bestehen.

- In der Auseinandersetzung mit der WBM waren wir immer wieder damit konfrontiert, dass wir über die Details des Geflechts zwischen den verschiedenen beteiligten Unternehmen der WBM-Gruppe, ihren direkten Auftragnehmern und deren Subunternehmen nur wenig wussten. Somit waren wir oft auf das angewiesen waren, was uns die WBM selber mitgeteilt hatte, ohne die Richtigkeit dieser Informationen ernsthaft prüfen zu können. Eine Möglichkeit, unsere Verhandlungsposition vor diesem Hintergrund zu festigen, die wir bisher nicht ergriffen haben, wäre der Versuch, den direkten Kontakt zu den Betriebsratsmitgliedern, den betrieblichen Vertrauensleuten der Gewerkschaft(en) und den ArbeitnehmerInnenvertreterInnen im Aufsichtsrat der WBM zu suchen und von ihnen eine Positionierung und Unterstützung einzufordern.

Zur politischen Bewertung des Themas Lohnraub und undokumentierte Erwerbsarbeit:

Die gesamte Kampagne mit ihrer sich immer wieder ändernden Auseinandersetzungen mit den diversen Akteuren und Umorientierung in unserer Strategie brachte viele neue Einsichten und Diskussionen über Verortung und Einschätzung von Handlungsmöglichkeiten und Ansatzpunkten, die zum Teil sehr kontrovers innerhalb unserer Gruppe geführt wurden.

Teil der derzeitigen neoliberalen Politik ist der Abbau sozialstaatlicher Sicherungsnetze und eine juristische Deregulierung zugunsten einer generellen Schwächung der Stellung von Lohnabhängigen (Stichwort „Hartz-Gesetze“). Diese Entwicklung bedeutet sowohl für bereits lange hier lebende MigrantInnen und Flüchtlinge als auch für Passdeutsche, zunehmend in prekarierte und irreguläre Sektoren des Arbeitsmarktes gedrängt zu werden. Ein gemeinsames Agieren von Menschen mit und ohne migrantischem Hintergrund wird dabei erschwert durch die unterschiedliche Ausstattung mit individuellen Rechten. Außerdem

kommt ein Diskurs hinzu, in dem vermeintlich „unveränderliche“ Verschiedenheiten zur Abgrenzung führen. Die rassistische Herstellung von Unterschieden erfordert eine differenzierte Wahrnehmung und Analyse dieser Entwicklungen. Denn diese bietet die Möglichkeit inhaltlicher Vernetzung und gemeinsamen Widerstands, ohne dabei automatisch weiter bestehende Ungleichheiten nivellieren zu wollen.

Bei der Auseinandersetzung mit Lohnraub wäre es deshalb der falsche Weg, aus „Angst“ vor der Funktionsweise des medialen Diskurses einen Bogen um das Thema „Schwarzarbeit“ zu machen. Denn diese Diskussion lässt sich von uns ohnehin nicht wirklich verhindern. Wir halten es deshalb für sinnvoller, damit in der Öffentlichkeit offensiv umzugehen, indem wir versuchen, Ursachen und Profiteure zu benennen. Deutlich muss werden, dass nicht die/der „schwarz“ Arbeitende das Problem ist, sondern dass auch das hierarchisch abgestufte System von Aufenthalts- und Arbeitsrechten und -verboten die Konkurrenz zwischen auf Lohnarbeit angewiesenen Menschen verschärft, um das binnenwirtschaftliche Lohn-

niveau eines Landes insgesamt zu drücken und die Profitmöglichkeiten der ArbeitgeberInnen zu verbessern.

Auf diese Weise treten wir auch der Tendenz zur „Unsichtbarmachung“ von undokumentierter Erwerbsarbeit entgegen. Wir sind der Meinung, dass – anders als im „Schwarzarbeits“-Diskurs öffentlich inszeniert – undokumentierte Erwerbsarbeit nur selektiv und instrumentalisiert bekämpft wird. Der öffentliche Umgang mit „Schwarzarbeit“ ist ambivalent und Teil einer unübersichtlichen Gemengelage verschiedener Interessen und Perspektiven: Während auf volkswirtschaftlicher Ebene vor allem die Nachteile für Steueraufkommen, für Sozialversicherung und die Verfügbarkeit regulärer Arbeitsplätze ins Blickfeld gerückt werden, profitieren im Einzelnen viele Individuen und Institutionen von undokumentierter Erwerbsarbeit und ihren Auswirkungen: von der großzügigen Auslegung der „Nachbarschaftshilfe“ gegen Entgelt bis hin zu öffentlichen Körperschaften, die – wie die periodisch veröffentlichten Skandalmeldungen über „Schwarzarbeit“ auf öffentlichen Baustellen belegen – sel-

ber Projekte zu Preisen vergeben, die unter Gesetzes- und tarifvertragskonformen Bedingungen nicht ausgeführt werden könnten. Daher wird undokumentierte Erwerbsarbeit auch als Normalität geduldet oder, wie oben erläutert, zum Teil sogar gewollt – so lange sie im Verborgenen bleibt: Sie wird nicht konsequent unterbunden, sondern nur „unsichtbar“ gemacht. Praktische Indizien hierfür sind z.B. Berichte über im Vorfeld angekündigte und daher ergebnislose Anti-„Schwarzarbeits“-Razzien oder die nach wie vor – gemessen an den möglichen Zusatzproften – geringen Strafen für „Schwarzarbeit“-Geber oder der öffentliche Aufschrei nach der, sogleich zurückgezogenen, Ankündigung der Bundesregierung, auch undokumentierte Erwerbsarbeit im Privathaushalt künftig strafrechtlich verfolgen zu wollen. Ein Auseinanderklaffen herrscht auch zwischen der veröffentlichten Motivation für einschlägige gesetzliche Regelungen und ihrer Umsetzung in der Praxis. So sollte die Einführung der sogenannten „Minijobs“ eigentlich den Anreiz, „Schwarzarbeit“ in Auftrag zu geben, verringern. Dieser Effekt ist aber fast nicht eingetre-

ten. Statt dessen hat diese Regelung z.B. für VerkäuferInnen eine generelle Prekarisierung zur Folge, weil „normale“ Voll- oder Teilzeit-Arbeitsverhältnisse, abgesehen von solchen für FachverkäuferInnen, in diesem Bereich fast völlig verschwunden sind. Den undokumentiert Arbeitenden gegenüber bleibt die Repressionsdrohung freilich unverändert bestehen, weil trotz der alltäglichen Ignoranz weiterhin jederzeit Razzien und Bestrafung möglich sind. Aufgrund der damit auch verbundenen rassistischen Komponente, sind vermeintlich als Nicht-Deutsche zu erkennende Menschen, die in Sektoren mit hohem Anteil an undokumentierter Erwerbsarbeit tätig sind, durch die Bedrohung ihres Aufenthaltsstatus davon besonders betroffen. Wir halten es deshalb für wichtig, die soziale Normalität verschiedenster Formen undokumentierter Erwerbsarbeit und die Ambivalenz des Umgangs damit öffentlich zum Thema zu machen und die dahinter stehenden (Profit-)Interessen zu benennen.

Die Analysekategorie „Prekarisierung“ und die Untersuchung der dahinter stehenden Interessen ermöglichen trotz

unterschiedlich verteilter Rechte Anknüpfungspunkte zwischen den Situationen von verschiedenen ErwerbsarbeiterInnen zu finden. Seien es auf der einen Seite überwiegend mehrheitsdeutsche Beschäftigte in entgarantisierten legalen Arbeitsverhältnissen (z.B. Scheinselbständige, Beschäftigte in saisonalem Wechsel zwischen Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit, legal unter- oder außertariflich Beschäftigte usw.) und auf der anderen Seite migrantische Beschäftigte in undokumentierten Arbeitsverhältnissen, die in sich globalisierenden Wirtschaftsräumen ein nicht wegzudenkender Teil der prekär Arbeitenden darstellen. Damit wollen wir nicht tatsächlich bestehende Interessengegensätze leugnen. Das Angebot undokumentierter Erwerbsarbeit verschärft die Konkurrenz am Arbeitsmarkt und trägt, wenn die ArbeitgeberInnen diese Situation ausnutzen, – von Branche zu Branche in verschiedenem Maße – zu einer Senkung des allgemeinen Lohnniveaus und der Arbeitsqualität bei, die auch regulär Beschäftigte zu spüren bekommen. Dies geschieht aber auch durch die zahlreichen angesprochenen An-

sätze der Entgarantisierung in legalen Arbeitsverhältnissen. Als Gegenstrategie halten wir es daher nicht für aussichtsreich, diese Interessengegensätze zu vertiefen, sondern auf die gleichen Verantwortlichen und NutznießerInnen für die zunehmende Prekarisierung der einen wie der anderen Erwerbsarbeit zu verweisen und ihnen gegenüber auch – der rassistisch-hierarchischen Spaltung am Arbeitsmarkt entgegen – eine Solidarisierung einzufordern. Konkret könnte das z.B. bedeuten, sich als Zeuge zur Verfügung zu stellen, wenn es zu Lohnauseinandersetzungen kommt, generell aufmerksam zu sein, ob allen KollegInnen die erforderlichen Arbeitsschutzmittel zur Verfügung gestellt werden, oder aber auch die Entlassung einzelner oder kleiner Gruppen durch Streiks zu verhindern. Schwieriger ist das sicher in tendenziell vereinzelt Arbeitssituationen, z.B. in der Hausarbeit. In jedem Fall gehört auch der Verzicht auf politische Forderungen, die spalten – wie die „Ohne Regeln geht es nicht“-Kampagne der IG BAU –, dazu.

Wir suchen den Kontakt zu linken

GewerkschafterInnen und wollen diese für die Situation der undokumentierten, migrantischen Arbeitenden sensibilisieren, da diese in der gewerkschaftlichen Wahrnehmung bislang vor allem als Bedrohung für das tarifvertraglich geregelte „Normalarbeitsverhältnis“ auftauchen. Ein weiterer Ansatzpunkt könnte hier die direkte Ansprache der Betriebsratsmitglieder und gewerkschaftlichen Vertrauensleute sein, um deren unmittelbare Unterstützung in möglichen Auseinandersetzungen einzufordern. Konkret fordern wir von den Gewerkschaften:

- Die Gewerkschaften müssen die Realität undokumentierter Erwerbsarbeit anerkennen und sich an der Basis über die Lebens- und Erwerbsarbeitsbedingungen von Menschen mit prekären Aufenthalts- und Arbeitsrechten informieren.
- Dazu gehört ganz wesentlich, sich vom diskriminierenden Reden von „Schwarzarbeit“ und „illegaler Beschäftigung“ zu verabschieden und stattdessen die Betroffenen als illegalisierte wahrzunehmen, die durch das System abgestufter

Arbeitsverbote zur Aufnahme undokumentierter Jobs gedrängt werden.

- Wir fordern eine aktive Einladung zur Mitgliedschaft, kostenlose, multilinguale Rechtsberatung unabhängig vom aufenthalts- und arbeitsrechtlichen Status, juristische Vertretung und ein entschiedenes Eintreten für das Recht auf Lohn für geleistete Erwerbsarbeit. (evt. Verweis zur Mitgliedschaftskampagne von respect)
- Die Gewerkschaften müssen sich für die Abschaffung der geltenden Arbeitsverbote einsetzen. Auf diese Weise würden sie es den gegenwärtig in unter- und außertarifliche Erwerbsarbeitsverhältnisse gezwungenen Menschen ermöglichen, künftig gemeinsam mit allen anderen Beschäftigten für die Durchsetzung und Verbesserung tariflicher Standards einzutreten. Dies scheint uns eine wirksamere Strategie gegen Lohnbetrug, Lohndumping und Überausbeutung zu sein als der repressive und entsolidarisierende Ruf nach Razzien.

- Aktuell und praktisch würde das z.B. bedeuten, sich nachdrücklich gegen die Verabschiedung des geplanten *„Gesetzes zur Intensivierung der Bekämpfung von Schwarzarbeit und damit zusammenhängender Steuerhinterziehung“* (Bundestags-Drucksache 15/2573) zu engagieren. Das Gesetz soll u.a. Arbeitsgerichte verpflichten, die Ausländerbehörden über Fälle mit Menschen ohne Arbeitserlaubnis zu informieren, so dass in diesen Fällen ein gerichtliches Vorgehen gegen Lohnraub nicht mehr möglich sein würde.

Auch ausgehend vom WBM-Fall haben wir den Eindruck, dass es weder unter den legal noch unter den undokumentiert Arbeitenden einen unbegrenzten „Preiswettbewerb nach unten“ gibt. Stattdessen gehen wir davon aus, dass nach Branchen und Arbeitsmarktsegmenten abgestufte „Lohnkorridore“ etabliert sind. Unsere These ist, dass sich nicht nur, wie öffentlich in erster Linie wahrgenommen, die Lohnkorridore nach unten verändern, z.B. wenn in sogenannten „Beschäftigungssicherungstarifverträ-

gen“ Lohnabsenkungen oder Mehrarbeit ohne Lohnausgleich im Gegenzug zu zeitlich befristeten Kündigungsschutzgarantien vereinbart werden. Außerdem versuchen ArbeitgeberInnen, die ArbeitnehmerInnen in niedriger entlohnte Segmente/Lohnkorridore zu drängen.

Dabei spielen auch der rassistische Ausschluss von und die Zuweisung zu bestimmten Arbeitsmarktsegmenten eine wichtige Rolle, wenn z.B. ArbeiterInnen dunkler Hautfarbe unabhängig von ihrer individuellen, formalen Qualifikation und auch mit legalem Status und Arbeitserlaubnis überwiegend nur geringqualifizierte Jobs oft ohne rechtskonforme soziale Absicherung angeboten werden. So plausibel die im Konzept der Prekarisierung angebotene These einer allgemeinen Parallelentwicklung der Arbeitsbedingungen auch erscheint, so wenig kann übersehen werden, dass das nach wie vor als Standard geltende Erwerbsarbeitsverhältnis für Frauen und Menschen mit anderer als deutscher Herkunft nur überproportional selten existiert.

In diesem Zusammenhang ist es auch erwähnenswert, dass im WBM-Fall die in der Kette der Unterauftragnehmer am weitesten unten angesiedelten Firmen ausschließlich und teilweise auch die direkten Auftragnehmer der WBM ebenfalls migrantische GeschäftsführerInnen/EigentümerInnen hatten. Dies steht der These einer rassistischen Diskriminierung am Bau aber nicht entgegen. Der Mechanismus von Ausschluss und Zuweisung existiert auch auf der Ebene der kleinen Unternehmen, wo einE migrantischeR UnternehmerIn den Auftrag nur dann bekommt, wenn er/sie die – bei gleichem Angebot zumeist vorgezogene – deutschen UnternehmerInnen unterbietet. Damit wird er/sie in eine Situation gedrängt, in der ein Gewinn aufgrund des entsprechend knapp kalkulierten Auftrags nur noch durch Betrug zu Lasten der ebenfalls migrantischen ArbeiterInnen erwirtschaftet werden kann. Mit dieser These wollen wir das Handeln dieser Firmen nicht entschuldigen – wir sehen ihre Rolle aber als ambivalent und nicht eindeutig in ein „Gut-böse“-Schema einzuordnen. Es war uns politisch wichtig, in der Außendarstellung stets in erster Linie die

WBM als Auftraggeberin anzusprechen und öffentlich nicht gezielt die „Sub-Subs“ anzuprangern – auch unabhängig davon, dass für die Medien ein Unternehmen wie die WBM ohnehin von größerem Interesse ist als eine kleine Bau-„Klitsche“.

Der Mindestlohn ist im Bausektor keine Selbstverständlichkeit mehr, weder für migrantische noch für deutsche ArbeitnehmerInnen. Wir sehen daher einen offenen Lohnkonflikt am Bau, der nicht nur undokumentiert beschäftigte MigrantInnen betrifft. Wichtig ist es daher, Mindestlohn einzufordern. Denn wir können eine Solidarisierung legal arbeitender Beschäftigter mit den von Lohnbetrug Betroffenen dann eher erwarten, wenn wir damit nicht implizit öffentlich zum Unterbieten von Lohnstandards aufrufen. Und auf die ArbeitgeberInnen hätte dies die potenzielle Attraktivität von Lohnbetrug verringert, weil die zu zahlende Lohnsumme jetzt größer gewesen wäre. Wichtig ist uns dabei, zugleich deutlich zu machen, dass es uns nicht darum geht, die ArbeiterInnen dafür zu kritisieren, dass sie untertarifliche Arbeitsverträge geschlossen hatten, denn wie

gesagt: Anders hätten sie unter dem gegenwärtigen Arbeitsmarktregime kaum Chancen auf einen Job. Unsere Kritik richtet sich vielmehr an Gewerkschaften, die die untertariflich arbeitenden MigrantInnen diskreditieren, anstatt sie zu unterstützen und ihren freien Zugang zum Arbeitsmarkt zu fordern und so dazu beizutragen, ihnen solidarische Lohnforderungen zu ermöglichen.

Unser Ansatz, zusammen mit öffentlich präsenten Selbstorganisationen zu arbeiten und der bewusste Einsatz des öffentlichen Interesses verlieren gewisse Spezifika des Arbeitsmarktes aus den Augen: Die geschlechtsspezifische Aufteilung von Erwerbsarbeit nach Branchen und Lohnniveau lokalisiert Frauen nicht zufällig in Tätigkeitsfeldern des unsichtbaren Reproduktionssektors (zum Beispiel Hausarbeit, Pflege, Sexarbeit), in denen die Arbeit kaum in Gruppen durchgeführt wird. In dieser Isoliertheit besteht weniger die Möglichkeit, sich über Lohnniveau, Arbeitsbedingungen und Lohnkämpfe gegenseitig zu informieren und sich zu organisieren, wie auch die einzelne Frau der sexistischen Ausbeutbarkeit unmittelbarer und vor-

dergründig allein ausgesetzt ist. Arbeitsplatz und ArbeitgeberIn sind zu meist in der privaten Sphäre angesiedelt und damit schwierig in gemeinsamen Arbeitskämpfen zu adressieren.

Für eine erweiterte Lohnbetrugskampagne, die die Spezifik von undokumentierten Arbeitsverhältnissen von Frauen mit einbeziehen will, müssten Strategien, Organisationsstrukturen und Forderungen adäquat modifiziert werden: Balance zwischen Einzelfall und Gruppenorganisation, Formen der Kontaktaufnahme, Forderung nach gesundheitlicher und medizinischer Versorgung und Schutz vor sexistischen Übergriffen (Arbeitschutz).

8 Stand der Dinge

Der Erfolg bei der WBM spricht sich herum, und uns erreichen mehr Anfragen nach Unterstützung in konkreten Lohnraubfällen. Wir können nicht annähernd allen Wünschen nach Unterstützung entsprechen. Auch politisch sehen wir unsere Arbeit nicht in erster Linie als direkte Unterstützung des ökonomischen Kampfes um Lohn an. Sol-

che Auseinandersetzungen finden unserer Beobachtung nach bereits statt, ohne dass sie allerdings öffentlich wahrgenommen werden, was wir gemeinsam mit den Arbeitenden anstreben wollen. So bemühen wir uns, einige Erfahrungen aus der Lohnraub-Kampagne in verschiedenen größeren Kontexten zur Diskussion zu stellen, beispielsweise im Rahmen einer Veranstaltungsreihe der Gruppe „noservice“ in Berlin, auf dem BuKo oder in zwei Workshops auf der Prekarisierungskonferenz von LabourNet in Dortmund. Außerdem ist eine Auswertung der Kampagne von elexir-a veröffentlicht (www.elexir-a.org) und wird in verschiedene Sprachen übersetzt.

Wir sehen weiterhin die Notwendigkeit, Strukturen zu unterstützen, die migrantischen ArbeiterInnen Raum zum Austausch und Selbstorganisation bieten. Für spannend halten wir die Auseinandersetzung mit Ideen zum Aufbau von „worker’s centers“, die – in den deutschen Kontext übertragen – solchen Strukturen einen Rahmen und Kontinuität geben könnten. □

Kontakt

Elexir-A

c/o Antirassistische Initiative e.V. (ARI)
Yorckstraße 59, 10965 Berlin, Tel.: 030-785 72 81, E-Mail: info@elexir-a.org
<http://www.elexir-a.org>

Initiativen – Kontakte – Material: Links ins Internet

📄 Flüchtlingsinitiative Brandenburg:
<http://www.fi-b.net>, **Kontakt-E-Mail:**
fluchtlingsbrandenburgini@yahoo.fr

📄 **Umbruch Bildarchiv:** <http://www.umbruch-bildarchiv.de>

• Bildbericht von der Kundgebung gegen Lohnbetrug in den Rathauspassagen am 11.06.03: <http://www.umbruch-bildarchiv.de/bildarchiv/ereignis/110603protestgegenlohnbetrug.htm>

• Bildbericht von der Kundgebung gegen Lohnbetrug im Rahmen des Aktionstags der Gesellschaft für Legalisierung am 24.10.03: http://www.umbruch-bildarchiv.de/bildarchiv/ereignis/241003lohnbetrug_wbm.html

• Bildbericht von der Aktion „Offene Rechnung“ am 19.12.03: http://www.umbruch-bildarchiv.de/bildarchiv/ereignis/191203lohnbetrug_wbm.html

📄 Informationen des ehemaligen **Projekts ZAPO** des Polnischen Sozialrats (Berlin):

• Beratungsleitfaden: Lohnklaus bekämpfen. Durchsetzung von Arbeitsrechten trotz fehlender Arbeitserlaubnis: www.labournet.de/diskussion/wipo/migration/zapo.html oder www.respect-netz.de/pages/durchsetz.htm

• Flugblatt „Lohnbetrug - Was tun?“ (deutsch, englisch, französisch, spanisch, polnisch): <http://www.respect-netz.de/pages/lohnbetrug.htm>

📄 **Respect-Netzwerk:** <http://www.respect-netz.de> RESPECT steht für Rights, Equality, Solidarity, Power, Europe Cooperation Today und ist ein europäisches Netzwerk zur Unterstützung von Migrantinnen, die in privaten Haushalten arbeiten. Im deutschen Netzwerk beschäftigen sich die Projekte und Organisationen mit den Arbeitsbedingungen von Migrantinnen in privaten Haushalten und in der Reinigungsindustrie, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Die Kampagne gegen Frauenhandel oder die spezifische Situation von AU-PAIRS sind integriert.

📄 **Gesellschaft für Legalisierung:** <http://www.rechtauflegalisierung.de>

📄 **LabourNet Germany** – Treffpunkt der gewerkschaftlichen Linken mit und ohne Job: <http://www.labournet.de>

• Special zur internationalen Versammlung „Die Kosten rebellieren“ zu Prekarisierung, Migration und Arbeit in Dortmund, 25.-27.06.2004: <http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/prekaer/kongress.html>

📄 **Temporäre Assoziation jeder Mensch ist ein Experte:** <http://www.expertbase.net/forum/>

[index.html](#)

📄 **D-A-S-H Dossier #9: Prekäre Arbeit und Migration:** <http://d-a-s-h.org/dossier/09/>

📄 **DGB-Bildungswerk: Rechte aus dem Arbeitsverhältnis. Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ohne Aufenthalts- und/oder Arbeitserlaubnis:** http://www.migration-online.de/publikation.html?_=-fadf473e275b5&id=4238

📄 „Initiative Meldestelle lahm legen“: <http://www.meldestelle-lahm-legen.tk>

📄 „Justice for Janitors“: <http://www.justiceforjanitors.org>

📄 **thistuesday.org – Logs on migration, labor, transnational organizing:** <http://www.thisuesday.org>

Berlin: Ausländerberatungsstelle des DGB

In Berlin ist für eine Beratung von MigrantInnen bei Problemen im Zusammenhang mit Erwerbsarbeit vor allem die Ausländerberatungsstelle des DGB ansprechbar, die auf die Beratung in arbeits-, sozial- und damit zusammenhängenden ausländerrechtlichen Fragen spezialisiert ist: Keithstraße 1-3, 2. Stock, Zimmer 210/211, 10787 Berlin (U Wittenbergplatz), Tel.: 030-21 240 321. Gewerkschaftsmitgliedschaft ist keine Voraussetzung! Beratungszeiten und Sprachen am besten telefonisch erfragen.



Refugee Initiative of Brandenburg (FIB) and Elexir-A, Germany

val

We are the Refugee Initiative of Brandenburg (FIB) and Elexir-A, an antiracist group working in Berlin and the federal land of Brandenburg in Germany. Both groups from our respective perspective are working towards self-organization of refugees. Two and a half years ago we organized an event in Berlin with guests from the United States, the topic was labor struggles of immigrants, with and without documents. Many refugees had come to listen but the topic was clearly not up their alley: "Hey, we have different problems here in Germany, we do need jobs!". What does it mean,

looking from this economic perspective, to be a refugee in Germany? Refugees are obliged by law to stay in communal refugee shelters, each person receives Euro 40,- monthly social support and a chipcard and/or vouchers to shop for food in a local supermarket. Refugees by law are not allowed to work, except after a special application procedure where in Berlin/Brandenburg practically no work permit is ever given. With the low rate of asylum recognition and the increasing attempts to deport people people also fluidly move from the state of being an asylum seeker to the state of being illegal. No matter in which state- people can't survive in the conditions that the state foresees for them and need support, both financial and structural. So of course refugees do work, but under precarious conditions. Our idea was to adapt the discussion event and to give the refugee community some information on how to avoid betrayal on the (illegal) job! We researched both legal as well as political information and started to put it out in discussion events in refugee shelters around Berlin and also e.g. at NoBorder camps. In December 2002 we were approached by a group of

refugees who had worked on a big inner city construction site in Berlin, officially run by a city owned housing company (WBM), and who had never received their proper money! Imagine that scenario: it quickly became clear that over a period of 6 months in the year 2002 at least 5 different sub-subcontractors had systematically exploited at least 50 workers by hiring them for dirty deconstruction and never paying them! The workers had not been standing around like sheep, they had already waged many different confrontations, some of them of physical nature, none had been successful and they were frustrated. Despite their question "Well, is there anything you can do for us?" they were full of mistrust. We started to think about a campaign, our means of organization will be described later. For 6 months we slowly built trust with the workers and did groundwork, then in June 2003 we went public with a demonstration and good press work to target the WBM. Surprisingly enough the WBM immediately invited us in for negotiations and we managed to claim Euro 13.500,- for the first 19 workers! The momentum continued, 23 workers

picked it up and continued to negotiate and struggle, resulting in another big payment for 15 more workers in October 2003. The remaining 8 workers who are claiming another Euro18.000,- have not given up, they might change strategy and go to court soon. But the struggle is and has been going on!

What do “precarity” and “migration” have to do with that? Of course it is a two-fold-situation: one precarious aspect is the refugee-situation where work is not legal which makes the workers highly vulnerable. The other precarious aspect is the construction sector itself. When budgets for construction projects are done, there is usually high competition for the jobs. This frequently results in offers and calculations already based on “black labour” and exploitation. This phenomena is as well known as ignored in Germany, one of “our white elephants”.

How did you get organized in your struggle? The workers were predominantly interested in receiving their money, our organizations FIB and

Elixir-A had a broader outlook and interest in organizing the people. Still in terms of the different action levels the workers had already raised hell on the construction site, then we came in with legal research and friendly yet threatening letters to their former employers and finally in the action phase we acted together. Yet during every step we paid much attention to common decisionmaking processes and transparency. Talking about steps, what did we actually do??? As our “we” consists of the workers, the FIB and Elixir-A, we did a broad range of things! The first group of workers after two months work and no salary had occupied the construction site and seized all machines. They were ready to move the mobile tools away from the site, when the subcontractors gave in and paid them cash. Other workers had physically threatened the bosses of the sub-sub-contracting firms, had visited their personal homes, had confronted them in many phonecalls. A small number of workers had even gone the legal way, claiming their wages in small claims court (German: Mahnverfahren), one of them had even gotten paid! Now Elixir-A and the FIB had written

many letters in the name of the Antiracist Initiative and through a lawyer, had done research to come up with the strategy to “attack on the top level” (WBM), had done publicity with god timing, be the demonstration, be feeding information to the press using the slogan “Betrayal on city-owned construction site”. There was a high public interest in the topic “black work”, resulting in the WBM being quite afraid of image damage. All of us joined in the negotiations. The WBM as top level called their subcontractors to the table who had to take responsibility for illegally bringing in sub-sub-contractors, even though none of them was willing to fully take responsibility. As already mentioned, some people are even now thinking to go to court. Self-Organization is in our eyes the central piece of the struggle. The ability of people to empower themselves and others to stand up for their rights, be the right to stay here, be the right to work, to be treated with dignity, to receive good medical treatment – you name it! Illegality does not begin at the point where you loose the last stamp in your papers and “legalisation” needs to be addressed as a much broader concept.